Nummer 135 Halle, Freitag, den 12. Juni 1925 80. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Goldmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Für Anzeigen, die im gleichen Verlauf in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagshaus: Neue Promenade 1a u. Dr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Vom 18. bis 21. Juni findet in Elberfeld die Reichstagung der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung statt. Als Gast hat der Vorsitzende der vaterländischen Verbände, General Graf v. d. Goltz, einen Vortrag übernommen über das Thema: „Ziele und Aufgaben der vaterländischen Jugendbewegung". Im Rahmen der Veranstaltung ist auch eine Tausendjahrfeier vorgesehen.

*

Bei dem Ministerpräsidenten Braun fand ein politischer Bierabend statt. U. a. waren anwesend: der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsminister Schiele, Dr. Geßler, Dr. Frenken, Stingl, einige Minister sowie die Vorstände der Fraktionen des Preußischen Landtages, sämtliche Gesandten der deutschen Länder sowie die führenden Redakteure der Großberliner und auswärtigen deutschen Presse.

*

Die letzten 14 Tage haben in Berlin 34 Konkurse gebracht. In acht Metallfabriken wurden Arbeitsschichten eingelegt. Im gleichen Zeitraum meldete der Polizeibericht 27 Selbstmorde wegen Nahrungssorgen.

*

In Berlin kam es zu mehreren neuen Ueberfällen des kommunistischen Jugendsturms auf Angehörige von Rechtsorganisationen. In der Tilsiter Straße schlugen Rote Jugendstürmer die Teilnehmer eines Ausflüglerkorps des Bismarckbundes nieder, vier Personen wurden erheblich verletzt. In den Abendstunden wurden in der Pappelallee fünf nationale Jugendbündler von Kommunisten durch Messerstiche verwundet, in Lichtenberg überfielen Kommunisten eine nationale Jugendtagung, wobei wieder vier Angehörige erhebliche Verletzungen davontrugen.

*

Die **Ententekommission** hat in den letzten Tagen auch die Hamburger Werften besucht. Angeblich wurde nach verbotenem Schiffsbau recherchiert. Resultatlos ist die Kommission nach Wilhelmshaven weitergefahren.

*

Der Hauptausschuß der Internationalen Waffenkonferenz Genf hat das Verbot der Verwendung bakteriologischer Kriegsmittel und jeglichen Gaskrieges angenommen.

*

Die polnische Regierung hat in dem Poststreit mit Danzig beim Völkerbund beantragt, daß bezüglich der Abgrenzung des Danziger Hafens für den polnischen Postdienst die ganze Stadt Danzig postalisch als Hafen gelten soll, weil Hafenstadt und Hafen in wirtschaftlichen Dingen identisch seien.

— Wenn der Völkerbund dem zustimmt, hat Polen dem Danziger „Freistaat" wieder ein wichtiges Stück staatlichen Hoheitsrechtes entrissen.

*

Die Londoner Handelskammer forderte die Regierung auf, die Rückzahlung der Kriegsschulden durch die europäischen Staaten zu beschleunigen, da kein Anlaß bestehe, daß die Engländer schwere Steuern bezahlten, während Frankreich das nicht zurückzahle, was es England schulde.

*

Aus Tanger wird gemeldet: Abd el Krim ist im Besitz der französischen Funkenstation bei Tamata. Tamata selbst ist von den Franzosen geräumt worden. Die Stämme der Hayanas verweigern den von den Franzosen geforderten Heeresdienst. Auf der ganzen Front bis in die Nähe der Bucht von Alhucenas sind die aufständischen Stämme im Vordringen. Auch aus Rabat wird gemeldet, daß die Offensive ununterbrochen vorwärts geht.

Nach den neuesten Meldungen aus Madrid soll eine Verständigung zwischen Spanien und Abd el Krim bevorstehen.

Die Kommunisten haben in der französischen Kammer mit der Bekanntgabe von Dokumenten begonnen, aus denen sich ergibt, daß Frankreich im vergangenen Sommer seine militärischen Posten weit in das Freigebiet der Rifleute vorgeschoben hat, als diese sich wegen der schweren Kämpfe mit Spanien nicht wehren konten. Die Eroberungs- und die Schuldabsichten der Franzosen wären damit bewiesen.

*

Die Londoner „Morning Post" meldet aus Peking: Die Japaner haben auch an der Mündung des Jangtsekiang Truppen ausgeschifft. Die Stimmung in China treibt durch die japanischen Truppenlandungen einer gefährlichen Situation zu. Aus Honon wurden zahlreiche japanische Kaufleute von den Chinesen vertrieben.

Gestern abend zogen in Peking mehrere tausend Studenten vor das Auswärtige Amt. Eine Abordnung verlangte u. a. die Entsendung russischer Truppen nach Schanghai, um das Fremdenviertel zu besetzen. Da die Antwort des Außenministers die Menge nicht befriedigte, zertrümmerten diese das Mobiliar, Spiegel- und Fensterscheiben.

Die Beratungen über die Entwaffnungsnote.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat gestern unter dem Vorsitz des Abg. Herzt (Dn.) zur Besprechung der Entwaffnungsnote zusammen. Von der Reichsregierung waren die Minister Dr. Stresemann, Schiele, v. Schlieben, Dr. Neuhaus, Dr. Geßler und Dr. Krohne sowie als Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete der Generalreichskommissar Schmid erschienen, ferner eine große Reihe Reichsratsmitglieder. Fast sämtliche Mitglieder und stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses nahmen an der Beratung teil. Auch Reichstagspräsident Löbe war anwesend.

Außenminister Dr. Stresemann eröffnete die Debatte mit längeren Darlegungen, in denen er den vorläufigen Standpunkt des Kabinetts zur Entwaffnungsnote kennzeichnete. Soweit die Entwaffnungsnote die Reichswehr betrifft, erörterte dieses der Reichswehrminister Dr. Geßler. Die Beanstandungen der Note gegen die Organisation der deutschen Polizei besprach der Innenminister Schiele, während der Finanzminister v. Schlieben sich über die Wirkungen der Note auf den Haushalt des Reiches und die Rentabilität der Reichswerke ausließ. Im Rahmen des wirtschaftlichen Fragenkomplexes, der durch die Entwaffnungsnot beeinflußt wird, äußerte sich der Wirtschaftsminister Dr. Neuhaus.

Von den Abgeordneten nahmen das Wort Graf Westarp (Dn.), Dr. Breitscheid (Soz.), Dr. Spahn (Ztr.), v. Rheinbaben (DVP.), v. Freytagh-Loringhoven (Dn.), Dr. Bredt (Wirtsch. Vg.), Dr. Hoetzsch (Dn.), Frau Golke (Komm.) und v. Lindeiner (Dn.). Hierauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Eine neue Sitzung des Ausschusses soll einberufen werden, sobald die angekündigte Note über den Garantiepakt in Berlin eingetroffen ist.

Am Freitag finden neue Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern statt. Ueber den Zusammentritt der Vertreter der Länder in Berlin liegt noch keine Entschließung der Reichsregierung vor.

Baldwin zum Sicherheitspakt.

London, 11. Juni. Premierminister Baldwin erklärte im Unterhause: „Es ist noch kein Sicherheitspakt unterzeichnet worden und es wird keiner abgeschlossen werden, ohne daß dem Parlament Gelegenheit zu voller Aussprache gegeben worden ist.

Das ins Auge gefaßte Abkommen hat streng zweiseitigen Charakter und nicht einseitigen, wie es möglicherweise in einigen veröffentlichten Berichten dargestellt worden ist. Sowohl die englische wie die französische Regierung sind der Ansicht, daß das Abkommen allen Signatarmächten, solange sie bei den Vertragsverpflichtungen bleiben, die größtmögliche Sicherheit geben muß. Andererseits kann der Pakt nicht von irgendeiner schuldigen Macht ins Feld geführt werden, um sich vor den Folgen eines absichtlichen Bruches ihrer Vertragsverpflichtungen zu schützen.

Der Pakt wird dem Parlament mitgeteilt werden, sobald Frankreich die Ansichten Englands und Frankreichs in Berlin mitgeteilt hat."

*

Aus Amsterdam wird gemeldet: Die niederländische Regierung hat dem französischen Geschäftsträger auf die Demarche vom 23. Mai am Dienstag die Antwort übermittelt, die eine Teilnahme Hollands an dem Garantiepakt ablehnt.

Italien unzufrieden?

Rom, 11. Juni. In einem Leitartikel des „Messagero" heißt es: Italien sei sowohl von Deutschland als auch von Frankreich und England aufgefordert worden, sich an dem Garantiepakt zu beteiligen. Italien habe die Forderung nach einer Garantie der Brenner-Grenze aufgestellt, wozu es angesichts der großen Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich berechtigt sei, trotzdem es nicht an Deutschland grenze.

Sowohl England als auch Frankreich hätten sich gegen eine solche Garantie erklärt. Italien müsse sich daher jetzt entscheiden, ob es nicht besser sei, seine Zustimmung zu diesem Pakt, der ihm nur Pflichten, aber keine Vorteile bringe, abzulehnen, um durch besondere Pakte mit anderen Mächten die Interessen Italiens garantieren zu lassen, auch durch direkte Verhandlungen mit Deutschland.

„Voce Republicana" findet, daß der jetzt abgeschlossene Garantiepakt der Würde und den Bestimmungen des Völkerbundes zuwider sei, auch gegen die Richtlinien verstoße, die Herriot für die französische Politik ausgegeben habe. Man müsse jetzt abwarten, was Deutschland antworten und ob Deutschland die Abwesenheit Italiens in seiner Note erwähnen werde.

Bedenken der Vereinigten Staaten.

Washington, 11. Juni. In Kongreßkreisen wird das größte Interesse für die Frage des Sicherheitspaktes bekundet. Eine Anzahl Senatoren betrachten jedoch die angebliche Bestimmung, die Frankreich gestatten würde, Truppen durch Deutschland zu senden, als ein ernstes Hindernis dafür, daß Deutschland das Abkommen gutheißt. Angesichts der vorgeschlagenen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund betonen die hiesigen Freunde des Völkerbundes, daß einer der bisherigen Haupteinwände gegen Amerikas Beitritt die Nichtzulassung Deutschlands war.

*

Aus Washington wird gemeldet: Im Weißen Hause erklärte man Amerikas Desinteressement an dem Entwaffnungskonflikt zwischen Deutschland und den Alliierten. Senator Borah, der mit dieser Stellungnahme Coolidges unzufrieden ist, wird die Regierung im Ausschuß des Senats für Auswärtiges interpellieren.

Kanada lehnt den Pakt ab.

London, 11. Juni. „Daily Expreß" schreibt im Leitartikel: Der Ernst der Erklärung des kanadischen Erstministers, daß Kanada nicht Teilhaber des Paktes sein könne, könne kaum übertrieben werden. Der kanadische Erstminister habe dem britischen Volk und der britischen Regierung eine ernste und unwiderrufliche Warnung erteilt des Inhalts, daß, wenn sie bei dem Pakt blieben, sie das ohne Kanada tun müßten. Was Kanada heute sage, würden die übrigen Dominions morgen sagen. Die britische Regierung müsse daher wählen zwischen dem Pakt mit Frankreich und der Solidarität des Reiches.

Die Militärkontrolle des Völkerbundes.

In der gestrigen Geheimsitzung des Völkerbundrates hat der Rat seinen Standpunkt inbezug auf die Sicherheit und freie Durchführung der Aufgaben der Kontrollkommission des Völkerbundes für den Fall etwaiger militärischer Untersuchungen in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien mit folgenden Worten formuliert:

Der wesentliche Punkt der Sachlage besteht darin, daß alle der Kontrolle unterworfenen Länder ausdrücklich durch die in Betracht kommenden Verträge gehalten sind, jeder Kontrolle, die der Völkerbundrat mit Mehrheitsbeschluß für nötig hält, stattzugeben.

In der gleichen Sitzung wurde ferner die Frage der entmilitarisierten Rheinzone auf September zurückgestellt. Schließlich befaßte sich der Rat noch mit einigen Beschwerden polnischer Organisationen in Danzig, die behaupten, daß ihre Minderheitsrechte nicht genügend geschützt seien. Auf ähnliche Beschwerden hatte der frühere Oberkommissar General Haking seinerzeit erklärt, daß er keinen Anlaß finde, auf sie einzugehen.

Wieviel ausländische Zeitungen hat der Kommunismus?

Eine in Moskau veröffentlichte Uebersicht über die kommunistische Presse außerhalb Rußlands zeigt, daß Deutschland, was die Entwicklung der kommunistischen Presse angeht, an der Spitze marschiert. Dem Bolschewismus dienen in Deutschland 42 Tageszeitungen und eine Anzahl Zeitschriften. Die Partei ist Eigentümer von 20 Druckereien. Das führende Organ ist die „Rote Fahne" in Berlin.

Frankreich folgt an zweiter Stelle. Es hat 23 kommunistische Provinzzeitungen und als Hauptblatt die Pariser „Humanité", die nach dieser russischen Aufstellung 170 000 Leser haben soll. In der Tschechoslowakei erscheint die kommunistische Presse in sechs verschiedenen Sprachen, ihr Zentralorgan ist die Prager „Gerechtigkeit" als größte von 15 Zeitungen mit einer Auflage von 30 000.

In Italien hat der Faschismus mit der Bolschewistenpresse gründlich aufgeräumt. Insgeheim erscheint aber als einziges von der Moskauer Nationale anerkanntes Blatt die „Unita". Aehnlich ist die Lage auf dem Balkan und in den Randstaaten, wo die Regierungen kommunistische Propaganda tatkräftig unterdrücken. Das kommunistische Organ in Estland ist im Verlaufe eines Jahres 40mal verboten gewesen.

In Skandinavien steht Norwegen mit 12 Publikationen an der Spitze, von denen drei täglich erscheinen. Schweden hat 6, darunter zwei Tageszeitungen, Dänemark nur zwei, von denen eine Kopenhagen, die andere in Island herausgegeben wird. Auf der spanischen Halbinsel erscheinen in Madrid die „Fackel", in Barcelona der „Kampf" und in Lissabon der „Kommunist".

Sehr unbedeutend ist die kommunistische Presse in den angelsächsischen Ländern. Das Hauptorgan in England ist „Workers Weekly". In den Vereinigten Staaten gibt es überhaupt nur eine einzige kommunistische Zeitung „Daily Worker" in Chicago. In Südamerika verfügen nur Chile, Uruguay und Argentinien über regelmäßig erscheinende kommunistische Organe. In Kuba erscheint der „Klassenkampf".

Zwei der neuesten und bezeichnendsten Zeitungsunternehmungen der Kommunisten sind die „Flamme", welche in malayischer Sprache in Niederländisch-Indien erscheint und der „Paria", der in Paris gedruckt und unter den Eingeborenen Nordafrikas verbreitet wird.

Die Lage in Frankreich.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die Dinge gehen, trotz des letzten großen Vertrauenssturms in der Marokkofrage für das Kabinett Painlevé, nicht so wie sie gehen mußten. Es besteht bereits eine Art schleichende Krise, die durch hundert Besprechungen und Diskussionen zu überbrücken versucht wird. Bei der Marokkodebatte ist gerade noch mit Mühe verhindert worden. Painlevé hat im letzten Augenblick gezaudert, sich eine Nechtsmehrheit im Parlament zu schaffen und so ist noch in später Abendstunde damals ein Kompromiß zwischen Regierung und Sozialisten zustandegekommen. Es sind die Sozialisten, die, ihres überragenden Einflusses auf Herriot beraubt, jetzt gegen das wesentlich gemäßigtere Kabinett Painlevé grollen, vor allem gegen Caillaux, dessen Finanzpolitik weder die Zustimmung der Sozialisten noch eines großen Teiles der anderen Parteien des Linkskartells findet. Die letzte Debatte zwischen Caillaux und dem sozialistischen Berichterstatter des Haushaltes in der Kammer ist schon beinahe eine Art Kampf gewesen.

Ja, es wird immer häufiger von der Nachfolgerin der Regierung Painlevé gesprochen, die unter Herriot diesmal mit Beteiligung der Sozialisten gebildet werden würde.

Früher oder später, vermutlich aber sehr bald, denn die Probleme drängen sich in Frankreich wird der Kampf zwischen Caillaux und den Sozialisten ausgetragen werden müssen. Dazu führt schon allein der jähe Sturz des Franken, der vom französischen Finanzministerium innerhalb weniger Tage viele und ganz widersprechende Kommentare erlebt hat, alles, wie mitten im Kriege, wo die üblichen Berichte die Wahrheit verschleiern wollen, wenn sie unangenehm zu hören ist. Wenige Wochen nach dem Amtsantritt des „großen Finanzmannes" hat der Franken einen Punkt erreicht, der nicht mehr sehr weit von seinem niedrigsten Stand im Anfang des Januar 1924 ist.

Was Caillaux als Heilmittel für die Balanzierung des Haushalts der Kammer vorschlägt und schon teilweise eingeführt hat — Erhöhung der Tabakpreise und einiger Steuern — sieht nicht gerade wie eine grundlegende Reform der Finanzen aus, und gerade das hat ihm die Mißbilligung der Sozialisten eingetragen, die diesmal keine Verlegenheitsmittel, wie bisher üblich, sondern eine wirkliche Reform wollen! Sie verstehen sie unter der Form einer Vermögensabgabe, die dem Publikum bereits als mildwirkende Medizin schmackhaft zu machen versucht wird, aber wiederum in Caillaux einen entschiedenen Gegner besitzt, der sie vorläufig für undurchführbar hält und in seiner schroffen Art daraus keinen Hehl macht. Wer der Sieger bleiben wird, ist noch ungewiß. Das große Publikum wird sich wahrscheinlich sagen, daß der Franken gefallen ist wie noch nie und daß ihm im übrigen Caillaux gleichgültig ist.

Das Schlachtgeschrei der Sozialisten von der Erfassung der großen Vermögen verfängt natürlich in der Menge. Aber es ist nicht zu leugnen, daß auch in Caillaux' eigener Partei, der der Radikalsozialisten, zahlreiche Anhänger einer solchen Maßnahme vorhanden sind, die ja beinahe unter Herriot Wirklichkeit geworden wäre. Zu allem kommt noch der persönliche Gegensatz zwischen Herriot- und Caillaux-Anhängern hinzu, so daß die Möglichkeit heute nicht mehr von der Hand gewiesen werden kann, daß Caillaux' Tage gezählt sind. Zweifel bestehen nur, was Painlevé tun wird, ob er es vorziehen würde zurückzutreten oder eine Verbreiterung seiner Regierung nach rechts zu suchen.

Augenblicklich besteht zwischen ihm und dem Staatschef, Doumergue, die größte Einigkeit. Doumergue selbst hat deutliche Zeichen eines Bemühens gegeben, die Erregung, die in den letzten Tagen des Kabinetts Herriot auf den Höhepunkt gestiegen war, zu beschwichtigen und eine Art Einheitsfront herzustellen!

Derjenige, der immer wieder versucht, die Sprünge zu überkleistern, ist seit geraumer Zeit Loucheur. Sobald eine Spannung sich zeigt, ist er sofort mit einer Kompromißformel bereit und eilt zwischen den feindlichen Gruppen hin und her. Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250612013/fragment/page=0001

sonders geschätzt wird er aber von keiner und sein Eintritt in ein Kabinett ist wenig wahrscheinlich.

In diesem Wirrwarr hat die Note an Deutschland in der Entmaffnungsfrage weit geringere Aufmerksamkeit gefunden, als es sonst der Fall gewesen wäre. Das Hauptinteresse liegt heute in Marokko und auf dem Finanzgebiet. Wie ernst die Lage ist, zeigt die rasche Rückkehr Briands aus Genf und der Flug Painlevés nach Marokko.

R. Albrecht.

•

Paris, 11. Juni. Der Vorstand der sozialistischen Vereinigung des Pariser Norddepartements hat in einer Entschließung erklärt, die Haltung der sozialistischen Kammerfraktion gegenüber der Regierung Painlevé könne nicht die gleiche sein wie gegenüber der Regierung Herriot. Sie fordere die parlamentarische sozialistische Gruppe auf, bei der Regierung zu intervenieren, damit ein rascher Friede in Marokko abgeschlossen werde. Außerdem müsse die sozialistische Kammerfrage energisch den Plan der Steuererhöhung bekämpfen, der in keiner Weise die kritische Finanzlage ändere. Schließlich sei mit aller Entschiedenheit der Plan der Abgabe von Kapital zu verteidigen, der als die einzige Lösung der Krise erscheine.

Bewilligungsfreudigkeit der Abgeordneten. — Sparsamkeit des Finanzministers.

Ein neues Institut für internationales Recht?

Im Haushaltsausschuß des Reichstages begründete bei Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern der Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) zum Kapitel „Allgemeine Bewilligungen" einen Antrag, wonach der Betrag von 200 000 auf 800 000 Mark erhöht und der erhöhte Betrag zur Gründung eines Instituts für internationales öffentliches Recht verwendet werden soll, das der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angeschlossen werden sollte, da namentlich das besetzte Gebiet notwendig eine Rechtsstelle brauche, die alles durcharbeite, was sich jetzt dort ereigne. Während ein Vertreter des Innenministeriums sich für den Antrag aussprach, hielt ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums trotz seiner Sympathie für den Antrag den gegenwärtigen Zeitpunkt als absolut ungeeignet. Der Antrag wurde dem Unterausschuß überwiesen, nachdem die Sozialdemokraten noch beantragt hatten, die Etatsposition auf 1 Million Mark zu erhöhen. Auch ein Antrag Mumm (Dn.), beim Abschnitt „Bildung und Schule" einen neuen Titel in Höhe von 5 Millionen für kulturgemeinnützige Institute einzusetzen, wurde dem Unterausschuß überwiesen.

Der Reichsadler ohne Krallen.

Beim Etatstitel des Reichskunstwarts trat Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) dafür ein, daß der jetzige Reichsadler, der sich wegen seiner Häßlichkeit auch in Künstlerkreisen keiner Beliebtheit erfreut, endlich durch einen Adler mit Krallen und scharfem Schnabel ersetzt werde. (Heiterkeit.) Einen solchen Adler wolle das deutsche Volk.

Die Staatsnotwendigkeit des Reichskunstwarts.

Die Redner der Demokraten und Sozialdemokraten bemängelten, daß im Etat nur 8000 Mark für sachliche Aufgaben des Reichskunstwarts eingesetzt seien. Der Reichskunstwart Redslob lege hierauf seinen Aufgabenkreis dar. Er habe sich gegenwärtig u. a. mit dem Nationaldenkmal für die Gefallenen und mit der künstlerischen Ausgestaltung eines Talers zu beschäftigen, der der Jahrtausendfeier der Rheinlande gewidmet sein solle. Seine Aufgaben seien so zahlreich, daß mit 8000 Mark nicht auszukommen sei. Hierauf begründete Abg. Koch-Weser (Dem.) einen Antrag, den Betrag auf 40 000 Mark zu erhöhen.

Ministerialdirektor Lotholz beim Reichsfinanzministerium wies darauf hin, daß der Reichskunstwart mit dem Finanzministerium nicht vorher über die von ihm geforderte Erhöhung gesprochen habe. Um keine Präzedenzfälle zu schaffen, hat der Regierungsvertreter den Antrag Koch zurückzustellen, bis das Finanzministerium darüber verhandelt hätte. Das Finanzministerium dürfe nicht mit solchen Anträgen überfallen werden. Der Antrag Koch wurde dem Unterausschuß überwiesen, ebenso ein Antrag Dr. Schreiber (Ztr.) betr. des Etatsansatzes für die Deutsche Bücherei in Leipzig.

Kurze Wellen und billiges Helium.

Beim Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt" führte der Berichterstatter Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) aus, daß für die Anstalt mehr geschehen müsse, da insbesondere der Nachwuchs im Argen liege. Der Präsident der Anstalt, Geheimrat Professor Dr. Paachen gab einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Anstalt, die sich nach seinen Darlegungen jetzt der Erforschung des Problems der Verwendung kürzerer Wellen widmet, die weniger Energie brauchen und daher im Betriebe billiger sind. Der Anstalt sei es gelungen, in einem besonderen Verfahren mit weniger Kosten als bisher Helium zu verflüssigen. Die Anstalt werde aber in ihrer Tätigkeit durch ihre schlechte finanzielle Lage gehemmt. Das Kapitel wurde bewilligt und die dazu vorliegenden Anträge dem Unterausschuß überwiesen.

Der Reichstag hat es eilig.

Laut Arbeitsplan des Reichstags für die Zeit vom 12. Juni bis zum Sonnabend, den 18. Juli, sollen in dieser Zeit erledigt werden: Die Haushalte, die Steuervorlagen, die Aufwertungsfrage, die englischen und amerikanischen Handelsverträge, die Zolltarife, und die außenpolitische Debatte. Außerdem stehen auf dem Arbeitsprogramm des Plenums für die erwähnte Zeit noch eine Reihe von sozialpolitischen Vorlagen, unter anderem die Unfallversicherung, das Reichsversorgungsgesetz, die Wochenhilfe und die Angestelltenversicherung. Am 18. Juli sollen die großen Sommerferien des Reichstags beginnen.

— Das ist wirklich ein reichliches Programm. Nachdem man vorher mit Krisen und Parteistreit Monate verloren hat, soll jetzt alles in der letzten Runde wie beim Rennen entschieden werden. Eine etwas weniger sportmäßige Behandlung der Lebensfragen von über 60 Millionen Menschen wäre allmählich wohl angemessen.

Die Steuerfreiheit öffentlicher Betriebe.

Der Steuerausschuß des Reichstags begann am Mittwoch die Beratung des Körperschaftssteuergesetzes. Einmütigkeit herrschte darüber, daß reine Reichs- und Staatsbetriebe steuerfrei sein müßten, soweit die Post, Reichsbahn, Reichsbank und ähnliche Anstalten in Frage kommen. Meinungsverschiedenheiten entstanden darüber, ob die Branntweinmonopolverwaltung und die staatlichen Lotterien steuerfrei sein sollten. Insbesondere vertraten die Demokraten den Standpunkt, daß solche Verwaltungen zur Steuer heranzuziehen seien, weil sie keinen gemeinnützigen Charakter trügen.

In der Frage der Besteuerung der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke vertraten die Deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Deutschnationalen und die Demokraten den Standpunkt, daß zwischen den kommunalen und privaten Betrieben dieser Art kein Steuerunterschied bestehen dürfe. Das Zentrum vertrat dagegen die Ansicht, daß der Allgemeinheit ein Vorteil aus der Bevorzugung der kommunalen Elektrizitätswerke entstehen würde. Die Vorschläge der Regierung zu diesem Punkt wurden angenommen.

Ein neues Beamtengesetz in Sicht.

Ein Gesetz, das die grundsätzliche Regelung des deutschen Beamtenrechts vornehmen soll, ist von der Reichsregierung soweit vorbereitet, daß es demnächst dem Reichstag vorgelegt werden kann. Dieses Gesetz soll in der Weimarer Verfassung den Beamten gemachten Zusagen sanktionieren. Auch ein neues Dienststrafgesetz steht demnächst zu erwarten. In der neuen Vorlage werden die alten, in die moderne Rechtsauffassung nicht mehr hineinpassenden Bestimmungen aufgehoben. Unter diese alten Bestimmungen gehört die Arreststrafe sowie die veraltete Ansicht, daß im Disziplinarverfahren keine Trennung zwischen dem Ankläger und dem entscheidenden Richter bestehen könne. In der neuen Vorlage ist dafür dem Beamten ein Einspruchsrecht und eine weite Revisionsmöglichkeit gegen Urteile eingeräumt worden.

Der Aufwertungsausschuß erstickt in Zuschriften.

Auf Grund einer Aussprache im Aufwertungsausschuß des Reichstags wurde übereinstimmend festgestellt, daß im Hinblick auf die außergewöhnliche Fülle von Zuschriften in Aufwertungsangelegenheiten, die nichts wesentlich neues bringen, die Ausschußmitglieder nicht mehr in der Lage sind, den ihnen übersandten Stoff auch nur zu lesen. Sie bitten deshalb, von weiteren Zuschriften abzusehen, damit nicht dadurch ihre für die sachliche Arbeit aufs äußerste in Anspruch genommenen Kräfte beeinträchtigt werden.

Entschließung des Reichsbundes deutscher Mieter.

Der in Berlin versammelte Gesamtvorstand des Reichsbundes deutscher Mieter E. V. stellt in einer Entschließung fest, daß der Mieterschutz für gewerbliche Räume von den Ländern mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums in stetig steigendem Maße abgebaut werde. Die gewerbliche Miete sei in einer Anzahl von Ländern zum Schaden einer Niedrighaltung der Warenpreise ungebührlich gesteigert worden. Der Gesamtvorstand fordert, daß dieser unheilvollen Entwicklung von Reichs wegen endlich Einhalt getan werde. Jede Lockerung des Mieterschutzgesetzes werde zur Gefährdung der gesunden gewerblichen Betriebe und zur Förderung des Schiebertums führen.

Eine andere Entschließung erhebt schärfsten Protest gegen das Aufwertungskompromiß. Der Gedanke einer sozialen Aufwertung werde in der Regierungsvorlage völlig vermißt. Die Aufwertung der Sparguthaben sei völlig in den Hintergrund geschoben worden. Den kleinen Sparern müsse mit Hilfe der Wegsteuerung mindestens ein Teil der Inflationsgewinne zuerkannt werden. Und ebenso müsse bei den kleinen Zeichnern der Kriegsanleihe verfahren werden.

Elternprotestkundgebung im Preußischen Landtag.

Während der gestrigen Sitzung des Preuß. Landtages erschienen in den Wandelgängen, dem „Lokal-Anzeiger" zufolge, etwa dreihundert Protestierer der Elternschaft von etwa 120 Schulen Berlins und des Landes. In großer Erregung verlangten sie den Unterrichtsminister und einzelne Abgeordnete, insbesondere die Mitglieder des Unterrichtsausschusses zu sprechen. Die Beschwerden der Elternschaft richten sich, wie das Blatt mitteilt, namentlich gegen die Ausführungsbestimmungen zum Grundschulgesetz. Die Elternschaft verlangte Anerkennung der bereits stattgefundenen Prüfungen für Schüler mit dreijährigem Besuche der Grundschule, oder von behördlich genehmigten Privatschulen und Zurückziehung, bzw. Revision der preußischen Ausführungsbestimmungen sowie eine Erleichterung des Ueberganges von der Grundschule in die höhere Schule nach drei Jahren.

Grundvermögenssteuer, Kredithilfe für den Mittelstand.

(Landtagssitzung.)

Im Preußischen Landtag kam gestern die Notverordnung, die die Regierung zur Forterhebung der Grundvermögenssteuer erlassen hat, sowie die Vorlage zur Verlängerung, durch die die Geltungsdauer des Grundvermögenssteuergesetzes, die nach der Notverordnung am 30. Juni 1925 ihr Ende erreicht, bis zum 31. März 1926 verlängert werden soll.

Der Haupt[aus]schuß hatte auch in diesem Gesetz die Verlängerung nur bis zum 30. Juni zugestehen, also nur die Notverordnung gesetzlich sanktionieren wollen; die Regierungsparteien hatten demgegenüber heute die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beantragt, während von der Deutschen Volkspartei zwar „in Anjehung der Staatsnotwendigkeiten" die Forterhebung der Steuer als unumgänglich anerkannt, aber als Schlußtermin für die Verlängerungsfrist der 30. September vorgeschlagen wurde.

Ausdrücklich motivierte Dr. Wiemer als Sprecher der Deutschen Volkspartei diesen Vorschlag damit, daß man einer Regierung, die nicht das Vertrauen besitze, eine solche Vollmacht nur für kürzeste Frist erteilen könne. Noch schärfere Opposition machten die Deutschnationalen der Vorlage und der Regierung, die nichts getan habe, um diese härteste, ungerechteste und unsozialste aller Steuern zu reformieren.

Der Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff betonte die Unmöglichkeit, in drei Monaten das von ihm verlangte Reformwerk zustande zu bringen, das ja nur in enger Anlehnung an das im Reiche vorbereitete Bewertungsgesetz in Angriff genommen werden könne.

Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung die Notverordnung, die die Geltungsdauer der Grundsteuer bis zum 30. Juni festsetzte, mit 178 gegen 104 Stimmen genehmigt. Im Anschluß daran wird zu dem Gesetz, das gleichfalls zur Abstimmung steht, ein Kompromißantrag der Regierungsparteien angenommen, der mit 182 gegen 109 Stimmen die Verlängerung der Geltungsdauer des Grundsteuergesetzes bis zum 31. Dezember 1925 ausspricht. Damit war die Beratung der Grundsteuer endgültig erledigt.

Es folgte die Beratung der Anträge über

Abhilfemaßnahmen zur Kreditnot

des Mittelstandes, der Landwirtschaft usw. Der Ausschuß hat die Bereitstellung eines Betrages von 50 Millionen Mark für Handwerk, Einzelhandel und Konsumgenossenschaften empfohlen und außerdem eine Reihe von Maßnahmen, wie Herabsetzung der Zinssätze der Rentenbank und der Reichsbank, vorgeschlagen.

Abg. v. Rohr (Dn.): Auch die Verbraucher haben ein unmittelbares Interesse an der Behebung der Kreditnot der Erzeuger, des Handwerks und Detailhandels; es gehe hier nicht um die einseitige Wahrnehmung der Interessen einzelner Wirtschaftskreise. Die Landwirtschaft ist mit tiefster Besorgnis über ihre neuerliche ungeheure Verschuldung erfüllt.

Die Zinssätze der Reichsbank müssen auf ein für die Wirtschaft tragbares Maß herabgesetzt werden. Die Postscheckeinnahmen sollten der Wirtschaft, aus der sie stammen, zu einem Betrage von mehreren hundert Millionen langfristig unter billigen Zinssätzen wieder zur Verfügung gestellt werden. Der Redner beklagt weiter, daß durch den Widerstand der preußischen Regierung die so notwendige Rentenbank-Kreditanstalt noch nicht geschaffen werden konnte. Eine andere kleine Kreditquelle wären die 100 Millionen der Reichsgetreidestelle. Seine Partei beantrage erneut, darauf hinzuwirken, daß auch die Versicherungsunternehmungen und die Träger der Sozialversicherung ihre Bestände zu einem angemessenen Teil in langfristigen Anlagen unterbringen.

Abg. Thiele (Soz.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, dem gewerblichen Mittelstand zu Hilfe zu kommen.

Abg. Kölges (Ztr.) verweist darauf, daß in Baden und Sachsen die Regierungen ähnliche Kreditaktionen für den Mittelstand vorgenommen haben.

Abg. Bauer-Waldenburg (DVP.) erklärt, gegen die Mitbereinnahme der Konsumgenossenschaften in den Kreis der Kreditsucher in diesem Antrag müsse sich seine Partei entschieden aussprechen. Den Antrag der Deutschnationalen hinsichtlich der Versicherungsunternehmungen und der Sozialversicherung lehne seine Partei ab.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff fragt, woher die Mittel für eine Sonderaktion des Staates für den gewerblichen Mittelstand genommen werden sollten. Es könne nur auf die verfügbaren Ueberschüsse und auf eine andere Verteilung zurückgegriffen werden.

Abg. Kniest (Dem.) macht es der Regierung zum Vorwurf, daß sie auf dem Gebiete des gewerblichen Mittelstandes allerlei Unterlassungssünden begangen habe, die wieder gutgemacht werden müssen.

Abg. Ladendorff (Wirtsch. Vg.) stimmt den Ausschußvorschlägen unter der Voraussetzung zu, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei bezüglich der Konsumgenossenschaften angenommen wird und begründet den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium solle dafür sorgen, daß den Kreditorganisationen des gesamten Mittelstandes in Stadt und Land laufend größere Mittel zugeführt werden und daß die genossenschaftlichen Bestrebungen des selbständigen Mittelstandes tatkräftige Förderung erfahren.

Die deutsche Frau in der Kunst.

4. Die Schönheit der Frau.

Was ist Schönheit? Darauf läßt sich schwer Antwort geben. Was dem einen gefällt, erscheint anderen unangenehm. Zeitweise galt in Europa jahrhundertelang ein merkwürdiges Ueberkommen, für höchste Schönheit die Formen der Antike und der italienischen Renaissance zu halten, d. h. Vollkommenheit in einer gewissen Glättung der natürlichen Linie zu empfinden. Durch solche Glättung wird aber der Ausdruck des frisch Lebendigen abgeschwächt. Die Linie des Lebens hat eine eigenwillige, triebhafte Bewegung, in welcher allein Kraft und Regung vollen Seins zum Ausdruck kommen.

Wenn der Deutsche nicht durch klassischen Geschmack sich selbst verwirrt, so gilt ihm als einzig schön nur die Linie des munteren Lebens. Ja, sie dünkt ihm von so wunderbarer Kraft und Größe, daß er darüber oft den Schönheitsbegriff ganz vergißt, daß er alles Natürliche verehrt und darstellungswürdig findet, nur weil es da ist und weil es die Herrlichkeit, Leben genannt, in sich trägt, zitternd von tiefer Erregung, durchflammt vom Atem der Gottheit.

Im Berliner Kaiser-Friedrich-Museum hängt ein Marienbild des Holländers Lucas von Leyden, eines Zeitgenossen Dürers. Es wird wohl niemand geben, der die dargestellte Frau schön finden könnte; sie ist unbedingt häßlich. Ebenso das Kind und die begleitenden Engel. Dennoch fesselt das Gemälde durch Vollkommenheit in Aufbau und Farbe und die frische gewinnende Stimmung. Man spürt durchaus die bedeutende künstlerische Leistung, und jeder Kenner findet es schön. Laien aber kommen immer mit der Frage, warum Maria und die Kinder alle so grundhäßlich sein müssen. Ja, warum? Wahrscheinlich war es eine dem Künstler nahestehende Frau, waren es ihm vertraute Kinder, die so aussahen. Ihnen gehörte seine Liebe, darum malte er sie. Er wäre nicht in Stimmung gekommen, wenn er andere Gesichter hätte wählen müssen, fremde, die ihm nichts bedeuten.

Lieber sind wir durch jahrhundertelange Verehrung der italienischen Kunst dem frisch lebendigen Leben ganz entfremdet worden. Wir wollen auf Gemälden immer nur Menschen mit möglichst regelmäßigen Zügen sehen. Den deutschen Meister aber erfreut die Mannigfaltigkeit der Welt; nicht jeder Schaffende wählt für sein Werk in derselben Richtung. Und haben wir erst das klassische Schema in uns überwunden und unsere blinden Augen wieder sehend gemacht, so verstehen wir auch, gerade aus unserem eigensten deutschen Gemüt heraus, die Freude am Reichtum der Natur, und wir haben unsere Lust daran, daß nicht alle Marien gleich schön aussehen, sondern daß es auch einmal eine häßliche unter ihnen gibt.

Wie anmutig bietet sich trotzdem die Schöpfung des Lucas von Leyden dar! Blumig und bunt, mit Kränzen behangen, wie ein Erntefest. Klassische Gesichter waren da nicht am Platze.

Doch tut es selbstverständlich nicht not, daß jeder deutsche Meister immer häßliche Frauen zu Heiligen macht. Das Uebliche bleibt durchaus, wie auch bei anderen Völkern, ein Streben nach Schönheit. Aber auch deutsche Schönheit hat ihre Eigenart; die Züge des Antlitzes wirken beweglich, sie werden natürlicher und zugleich beseelter als jene klassischer Kunst. In der frühen holländischen und flämischen Malerei fällt uns eine sehr edle Form auf, eine echt germanische: hochstirnige, schmale Gesichter von vornehmem Ausdruck. So sehen aus weibliche Heilige des Roger van der Weyden, des Memling, hoheitsvolle Engel auf dem Portinari-Altar des Hugo van der Goes, herrliche Gestalten Gerard Davids u. a. Das Berliner Kaiser-Friedrich-Museum besitzt eine Maria mit dem Kinde von dem sogenannten Meister, die wahrhaft königlich adel und beseelen sich ausnimmt.

Die Rassenforschung hat nachgewiesen, daß die großen Geistesmerke auch der südeuropäischen Völker von nordischen Menschen geschaffen wurden. Trotzdem bleibt ein Unterschied festzustellen. So hochrassige Gestalten wie in Deutschland kommen in der Kunst der Griechen und der Italiener nicht vor, und im Stil bleibt der Süden an Lebendigkeit und schöpferischer Fülle hinter dem Norden zurück.

Eine italienische Frau hat vor allem das Entzücken ganz Europas erregt und ist von vielen Künstlernamen als herrlichstes Gebilde gepriesen worden, nicht zum wenigsten von Deutschen: die Mona Lisa des Vinoardo. Ihr Lächeln erlischt als Inbegriff weiblichen Zaubers; die Lobeshymnen auf ihre Schönheit, wollten kein Ende nehmen. Wie waren wir doch jahrhundertelang so blind! Gewiß das Lächeln der Italienerin fesselt; doch schließlich nur mit irdischem Reiz. Welch andersartige Weiblichkeit schimmert im verhauchendes Mienenspiel der Sastia Rembrandts (1643)! Unendliche Seelentiefe, die, sich selbst unbewußt, himmlische Süßigkeit des Wesens enthüllt.

Aehnlich könnte man die Maria der heiligen Nacht von Correggio vergleichen mit jener des Isenheimer Altars. Beide lächeln in seligem Glück. Aber Grünewald faßt das Erleben viel ernster und tiefer und versteht es, uns durch den Ausdruck des Weibes in den geheimnisvollen Abgrund göttlicher Gnade schauen zu lassen.

In der Darstellung alter Frauen wissen die Italiener überhaupt nicht viel zu sagen, da ihr Interesse mit den körperlichen Reizen aufhört. Michelangelo hat zwar an der sixtinischen Decke in zwei grellen Sibyllen eine großartige Auffassung versucht; doch steht das Erreichte gegen die Taten deutscher Kunst zurück. In Bamberg haben wir von einem unbekannten Meister des 13. Jahrhunderts die Elisabeth, eine betagte Seherin mit ausgeprägten Zügen des Alters, deren geistige Leidenschaft sprüht von jugendlichem Feuer. Und wir haben die herrliche Kokleszeichnung der Mutter Dürers, in welcher der Sohn die ganze Hoheit eines schweren Schicksals als göttliches Erbteilnisses ausdrückt.

Dr. Maria Grunewald.

Deutsche Auslandshochschulwoche.

In der Pfingstwoche fand in Graz eine deutsche Auslandshochschulwoche statt unter dem Titel „Das neue Europa". Es war ein großzügiges kulturelles Unternehmen, das die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich wirkungsvoll und zugleich taktvoll pflegte. Von deutschen Hochschulprofessoren sprachen Geheimrat Sauerbruch-München über „Die Chirurgien im Spiegel der Kultur", Geheimrat Dr. Hiß-Berlin über „Gegenwart und Zukunft der deutschen Medizin", Prälat Dr. Schreiber-Münster über „Kulturpolitische Strömungen im neuen Deutschland", Dr. Konen-Bonn über „Die Aufgaben der exakten Naturwissenschaften im Rahmen des Wiederaufbaus", Geheimrat Dr. Schulte-Bonn über den „Rhein und Mitteleuropa", Dr. Hoetzsch-Berlin über „Das osteuropäische Problem", Dr. Moldenhauer-Köln über „Europäische Sozialpolitik in der Nachkriegszeit", Geheimrat Göz-Leipzig über „Die deutsche Kultur und die Entwicklung des europäischen Menschen". Die Vorlesungen wurden von dem lebhaften Interesse der Grazer Kreise begleitet. Unter den Teilnehmern bemerkte man auch den Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen. Die deutschen Professoren wurden von dem Grazer Mediziner und Rektor der Universität, Prof. Dr. Kahl, bei einem geselligen Zusammensein feierlich begrüßt. Im Namen der deutschen Professoren dankte Prälat Dr. Schreiber-Münster. Diese Woche hat lebhaft dazu beigetragen, die kulturellen Beziehungen zu Oesterreich zu fördern und zu vertiefen. Besonders wohltuend wirkte die vornehme und taktvolle Haltung der reichsdeutschen Professoren. Man äußerte in Grazer Kreisen den Wunsch, daß diese Auslandshochschulwochen ähnlich wie die 1922 von den gleichen Herren veranstaltete Innsbrucker Hochschulwoche später ihre Fortsetzung finden möge.

Im Thaliatheater kommt am Sonntagabend 8 Uhr zum letzten Male „Galante Nacht" zur Aufführung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19250612013/fragment/page=0002